

## Dringlichkeitsantrag 2

der Abgeordneten **Horst Arnold, Arif Tasdelen, Harald Güller, Florian Ritter, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild** und Fraktion (SPD)

### **Für eine Kultur des Respekts! Keine Übergriffe und keine Gewalt gegen die Bediensteten und Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Bayern!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, auf der Grundlage ihrer Fürsorgepflicht als Dienstherr ein wirksames und breites Gesamtkonzept gegen Gewalt gegenüber den Bediensteten und Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Bayern zu erarbeiten und dem Landtag zeitnah vorzulegen.

Das Konzept soll auf dem Leitbild einer gelebten Kultur des Respektes gegenüber dem öffentlichen Dienst aufbauen, wirksame Maßnahmen zur Gewaltprävention und zum Schutz für die Bediensteten und Beschäftigten enthalten sowie schnelle Hilfs- und Unterstützungsangebote für die von Gewalt Betroffenen vorsehen.

Im Gesamtkonzept gegen Gewalt gegenüber den Bediensteten und Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Bayern sollen im einzelnen beispielsweise Ombudsleute, an die sich die Betroffenen wenden können, benannt und eine umfassende Dokumentation von Beleidigungen, Übergriffen und Gewalt gewährleistet werden, um bessere und wirksamere Maßnahmen für Schutz und Prävention ergreifen zu können.

Der Dienstherr sollte darüber hinaus alle Delikte konsequent zur Anzeige bringen und die Geschädigten bei der Geltendmachung von Ansprüchen unterstützen.

#### **Begründung:**

Nach den vorliegenden Informationen haben die Vorarbeiten zu einem umfassenden Gesamtkonzept zum Schutz der Angehörigen des öffentlichen Dienstes seitens der Staatsregierung begonnen. Das Gesamtkonzept sollte jetzt zügig erarbeitet und umgesetzt werden im Interesse der 750 Tausend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes in Bayern.

Übergriffe gibt es mittlerweile nicht nur gegen Polizistinnen und Polizisten oder Rettungs- und Einsatzkräfte. Betroffen sind in zunehmendem Maße beispielsweise auch Lehrkräfte an Schulen und Beschäftigte in Servicecentern.

Diese negative Entwicklung muss zunächst gestoppt und dann umgekehrt werden, auch im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger im Freistaat, die sich einen funktionierenden öffentlichen Dienst wünschen, auf ihn angewiesen sind und Gewalt gegen den öffentlichen Dienst in Bayern ablehnen.